

Grußwort der Europaabgeordneten
Ulrike Rodust
Bei einer Veranstaltung der
Stiftung Demokratie Saarland

17. Juni 2010
18 Uhr
Stiftung Demokratie Saarland
Saarbrücken

Anrede

Ich freue mich sehr, heute die Möglichkeit zu haben, mit Ihnen über die aktuellen Entwicklungen des Milchmarktes diskutieren zu können.

Mir ist bewusst, dass das Preisniveau der letzten Monate dazu geführt hat, dass viele Milcherzeuger mit dem Rücken zur Wand stehen. Als Mitglied des Agrarausschusses des Europäischen Parlaments verfolge ich die Situation der Milcherzeuger mit großem Interesse und teilweise mit großer Sorge.

Ich unterhalte mich häufig mit Landwirten vor Ort und stelle immer wieder fest, dass viele Landwirte ihren Beruf sehr gerne ausüben. Wenn dann aufgrund eventueller politischer Entscheidungen einige dieser "Vollblutbäuerinnen und -bauern" ihre Betriebe aufgeben müssen, finde ich dieses mehr als bedauerlich.

Ich begrüße es sehr, dass heute sowohl der Bauernverband und der Bundesverband deutscher Milchviehhalter anwesend sind. In meiner politischen Arbeit lege ich viel Wert darauf, möglichst viele Seiten einer Medaille zu betrachten.

Deswegen habe ich mich in Brüssel sowohl mit Herrn Sonnleitner und Herrn Schaber getroffen, um mich mit ihren Positionen zum Milchmarkt auseinanderzusetzen.

Auf Brüsseler Ebene sind die Würfel – zumindest für das Auslaufen der Milchquote – bereits vor Jahren gefallen. Dass die Quote 2015 fällt wird im Moment noch von der Mehrheit im Parlament unterstützt. Wobei ich nicht sicher bin, was passiert, wenn der Milchpreis für die Erzeuger wieder gnadenlos fällt. Wenn wir wieder bei 18 Cent landen. Die Fragen sind, können wir das verhindern und wie verhindern wir weiteres Höfesterben und wie schaffen wir es, dass die Milcherzeuger weiterhin ein angemessenes Einkommen erwirtschaften?

Wir Agrarpolitiker haben die Pflicht, die Weichen frühzeitig richtig zu stellen und für den Erhalt eines angemessenen Agrarhaushaltes zu kämpfen.

Ich finde es sehr wichtig, dass unseren Milchbauern auch nach dem Auslaufen der Milchquote die Existenzgrundlage nicht entzogen wird und deshalb gilt es, tragende Instrumente zu entwickeln. Generell muss das Ende der Quotenpolitik nicht falsch sein. Die Landwirtschaft sollte sich wie andere Wirtschaftsbereiche auch, stärker am Markt orientieren. Dabei die Besonderheiten der landwirtschaftlichen Produktion nicht zu berücksichtigen, wäre allerdings verantwortungslos.

Ein Bauer kann nicht wie ein Industrieunternehmer seinen Produktionsstandort verlegen oder sein Produkt kurzfristig verändern. Heute Milch, morgen Ackerbau und übermorgen Milch, das funktioniert nicht. Sind die Kühe einmal abgeschafft, dann sind sie es für immer. Da liegt eben der Unterschied zu anderen Produktionen.

Und die Erzeuger von Milch können auch nicht durch ein plötzliches Ende der Quote bestraft werden, denn schließlich war es nicht ihr Wunsch die Milchkontingentierung einzuführen. Vielmehr war es die Politik, allerdings mit Unterstützung der Verbandsvertreter, die die Quoten 1984 als Lösung für die Überproduktion und die damit verbundenen "Milchseen und Butterberge" beschlossen hat.

Daher sehe ich auch die Politik in der Pflicht bei einem Ausstieg aus der Quote die Milcherzeuger angemessen zu unterstützen.

Die Verbraucher und Steuerzahler müssen sich darüber im Klaren sein, dass eine am Weltmarkt ausgerichtete Landwirtschaft möglicherweise nicht mehr die Landwirtschaft ist, die wir uns wünschen. Vielerorts wird eine marktorientierte Landwirtschaft nicht mehr existenzfähig sein und zu einer Verödung wenn nicht gar Versteppung der ländlichen Regionen führen, wenn nicht gegengesteuert wird.

In meiner täglichen Brüsseler Arbeit richte ich daher den Fokus auf die ländlichen Räume mit dem Ziel, diese zu stärken und dazu gehört auch der Milchviehbetrieb.

Ich möchte Ihnen heute vor allem einen Überblick über die aktuelle agrarpolitische Diskussion geben, die in Brüssel zurzeit auf allen Ebenen geführt wird.

Die gegenwärtige europäische Finanzplanung und die jetzige Agrarpolitik laufen bis 2013, die Milchquotenregelung läuft bis zum Jahr 2015.

Im ersten Moment hört sich das jetzt vielleicht nach einem langen Zeitraum an, jedoch dauern politische Entscheidungsprozesse wenn alle mit eingebunden werden sollen, länger. Daher ist die Diskussion zumindest auf europäischer Ebene schon voll in Gange.

Zurzeit läuft in Brüssel vor allem die Planung zur Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union nach 2013. Bereits jetzt werden die Grundpfeiler für die Zeit ab 2014 aufgestellt.

Der Agrarausschuss des Europäischen Parlaments hat hier die Initiative ergriffen und einen Initiativbericht zur Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 verfasst. Gerade diesen Mittwoch haben wir über die Änderungsanträge zu diesem Bericht abgestimmt.

Insgesamt gab es 787 Änderungsanträge. Dies zeigt, wie wichtig dieser Bericht von allen Fraktionen genommen wird. Normalerweise gibt es bei gewöhnlichen Initiativberichten, die keine legislativen Auswirkungen haben, weit weniger Änderungsanträge.

Der Milchmarkt wird in dem Bericht nicht explizit erwähnt, jedoch ergeben sich natürlich ebenso für Milchviehhalter Konsequenzen aus der Reform der Agrarpolitik. Eine starke Gemeinsame Agrarpolitik unterstützt auch die Milchviehhalter. Ich komme darauf später noch einmal zurück.

Meiner Fraktion ist es wichtig, dass wir zuerst über die Ziele der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 reden und anschließend darüber, wie hoch ein möglicher Haushalt zur Erreichung dieser Ziele sein soll. Die Konservativen sind da eher anderer Ansicht. Sie wollen erst einmal für einen möglichst hohen Haushalt kämpfen und sich anschließend darüber einigen, wie das Geld verteilt wird.

Meiner Ansicht nach ist dieses die falsche Vorgehensweise. Um den Haushalt in Zeiten der Krise auf einem angemessenen Niveau zu halten, müssen erst einmal Argumente gefunden werden, wofür wir das Geld einsetzen wollen. Denn machen wir uns nichts vor, nicht alle Bürger/innen sind damit einverstanden, dass 42 % des europäischen Haushaltes in die Agrarpolitik fließen. Sie müssen wir überzeugen.

Durch den Lissabon-Vertrag hat das Europäische Parlament das Mitentscheidungsrecht bei der Gemeinsamen Agrarpolitik erhalten.

Diese neue Macht hat das Parlament genutzt und noch vor Herausgabe einer Kommissionsmitteilung einen ersten Initiativbericht zur Ausgestaltung der GAP nach 2013 vorgelegt

Daher möchte ich einige Anmerkungen zu diesem Bericht machen. Zumal daraus hervorgeht wie Entscheidungsprozesse auf EU-Ebene laufen.

Meine Fraktion hat bereits im Vorfeld zu diesem Bericht ein eigenes Prioritäten-Papier verfasst und dieses in einem Workshop mit dem Agrarkommissar Dacian Cioloș und der spanischen Agrarministerin Elena Espinosa erörtert.

In allen Diskussionen und Veröffentlichungen die zurzeit im Umlauf sind ist der Reformgedanke zu spüren. Es wird fast von allen Beteiligten darauf verwiesen, Landwirte zukünftig stärker für die Erzeugung von öffentlichen Gütern zu entlohnen. Um auch der Gesellschaft deutlich zu machen, wofür die Steuergelder im Agrarsektor benötigt werden.

Zur Erläuterung:

Öffentliche Güter sind Güter, die nicht über den Markt entlohnt werden. Sie werden zwar von allen konsumiert, aber niemand ist bereit, wirklich einen Marktpreis für diese zu zahlen.

Beispiele für öffentliche Güter die von den Landwirten erzeugt werden, sind z.B.: die Kulturlandschaft, hohe Wasser-, Boden- und Luftqualität, Biodiversität, Kohlenstoffspeicherung und die Einsparung von Treibhausgasen.

Aber auch der Erhalt von vitalen ländlichen Regionen kann als soziales öffentliches Gut angesehen werden.

Es gibt Diskussionen darüber, ob es sinnvoll ist, die Landwirtschaft für diese von der Gesellschaft erwünschten Leistungen zu entlohnen.

Die schwierige Frage mit der man sich dabei beschäftigen muss ist die, ob es möglich ist zu ermitteln wie hoch die Kosten zur Erzeugung dieser Güter für die Landwirte sind.

In wissenschaftlichen Kreisen gibt es hierzu sehr unterschiedliche Ansätze diese Güter zu bewerten.

Es ist also wie häufig im Leben: es gibt nicht nur eine Betrachtungsweise, sondern viele unterschiedliche Sichtweisen.

Tendenziell finde ich den Ansatz der öffentlichen Güter sehr spannend und kann mir gut vorstellen, dass es im Europäischen Parlament neben meiner Fraktion weitere Mitglieder gibt, die diesen Ansatz begrüßen. Und bereit sind darüber zu diskutieren.

Die Agrarpolitik muss zielorientierter werden und die Ansätze der letzten Reformen weiterverfolgen, es kann nicht sein, dass anhand von historischen Referenzwerten die Mittel verteilt werden.

Auch der Agrarkommissar Dacian Ciolos hat mir bei seiner Anhörung vor dem Europäischen Parlament geantwortet, dass er es begrüßt, wenn gesellschaftliche gewünschte Leistungen stärker gefördert werden.

Um wieder auf die Milch zurückzukommen: Im März gab es in Brüssel zur Zukunft der Milch eine Konferenz der EU-Agrarkommission. Auf dieser hat Ciolos verkündet, im Herbst erste Gesetzesvorschläge für die Ausgestaltung des europäischen Milchsektors zu unterbreiten. Neben langfristigen seien auch sofortige Maßnahmen nötig um die Milchwirtschaft gut aufzustellen.

Im Gespräch waren dabei vor allem eine Änderung des EU- Wettbewerbsrecht, Verträge und mehr Preistransparenz in der Wertschöpfungskette. Außerdem spielte das Thema Intervention eine nicht unerhebliche Rolle bei seinen Ausführungen. Dies war auch von anderen Mitgliedern der High Level Group in den letzten Wochen zu vernehmen.

Die sogenannte High-Level-Group Milk bzw. die hochrangige Expertengruppe zum Thema Milch ist letztes Jahr im Oktober von der EU eingerichtet worden. In dieser Arbeitsgruppe wird über Auswege und eine Hilfe für die Milchproblematik sowie über Nachfolgeregelungen für die Milchquote beraten.

Unter anderem hat die Expertengruppe mehr Preistransparenz auf dem Milchmarkt gefordert. Die EU-Kommission ist dieser Forderung bereits nachgekommen und ab dem 1. August 2010 tritt eine Regelung in Kraft, nach der wöchentliche und monatliche Meldungen für Preise von Molkereiprodukten vorgesehen sind.

Dabei müssen die Preise "ab Werk" unter anderem für Butter, bestimmte Käsesorten und Milchpulver an die EU-Kommission gemeldet werden.

Mit dem Thema der Preistransparenz beschäftigt sich zurzeit auch der Initiativbericht des Europäischen Parlaments "Faire Einkommen für Landwirte: Die Funktionsweise der Lebensmittelversorgungskette in Europa verbessern". In diesem Bericht wird versucht darzustellen, wie es möglich ist, die schwache Position der Landwirte gegenüber dem Einzelhandel und den Verarbeitern zu stärken. Die Änderung des Wettbewerbsrechts und die Ausgestaltung von Verträgen spielen hierbei entscheidende Rollen.

In den vergangenen Jahren haben die Molkereien bei den Preisverhandlungen gegenüber dem Einzelhandel häufig den Kürzeren gezogen. Dies hat sich dann negativ auf die Erzeugerpreise ausgewirkt.

Ich habe große Hoffnungen in die Arbeit der High-Level-Group gesteckt. Es scheint aber leider so zu sein, als gäbe es keine wirklich neuen Erkenntnisse aus dieser Expertenrunde.

Vielmehr werden alte Instrumente wieder ins Spiel gebracht, die sicherlich in Teilen hilfreich sind, jedoch teilweise zu neuen altbekannten Problemen führen werden.

Die Intervention, von der man im Umfeld der High-Level-Group häufig hört, kann sicherlich dazu beitragen Märkte kurzzeitig zu entlasten.

Es ist klar, dass die Interventionsmenge früher oder später wieder auf dem Markt landet und dann Einfluss auf die Preise hat. Allerdings bieten sich gerade für die Milchproduktion kaum andere Möglichkeiten, denn eine Kuh produziert nun einmal täglich Milch und lässt sich nicht auf Knopfdruck abschalten.

Die Entscheidung die Milchquote abzuschaffen hat, wie in den letzten Monaten gut zu beobachten war, bereits heute Auswirkungen auf den Markt wie sich anhand der Milchpreisentwicklung gezeigt hat.

Gerade die starken Schwankungen des Marktes, denen die Milcherzeuger ausgesetzt sind, bilden ein Szenario, auf das viele nicht vorbereitet sind.

Wissenschaftler sagen vorher, dass der Erzeugerpreis für Milch sich stärker am Weltmarkt ausrichten wird. Der Preis für Milchprodukte wird dann vermutlich stark davon abhängig sein, wie hoch die Zollsätze für Milchimporte sind.

Allerdings sollte die Lage nicht zu düster beurteilt werden. Es kann davon ausgegangen werden, dass Märkte in Asien weiterhin eine stärkere Nachfrage entwickeln. Diese Länder steigern sicherlich ebenfalls ihr eigenes Angebot. Jedoch ist nicht klar, ob sie es tatsächlich schaffen werden, die Nachfrage selbst komplett abzudecken. Somit ergeben sich dort gute Absatzmärkte für Magermilchpulver und Butter.

Vorteile für Erzeuger können sich zukünftig daraus ergeben, dass die Molkereien untereinander stärker um Milch konkurrieren, da die ursprünglich festgeschriebenen Produktionsstrukturen nicht mehr vorhanden sein werden. Die Produktion wird sich vermutlich räumlich verlagern und die Molkereien müssen Landwirten vor Ort einen besseren Preis bieten, um dafür Sorge zu tragen ihre Kapazitäten voll auszulasten. Auf der anderen Seite kann es kurzfristig in den "Gunstgebieten" zu einem Überhang für die Molkereien und damit zu einem Preisdruck der Erzeuger kommen.

Für uns Politiker bedeutet die Abschaffung der Milchquoten, schwierige Entscheidungen treffen zu müssen: Zum einen müssen wir dafür Sorge tragen, dass die Wettbewerbskraft der Zukunftsbetriebe nicht verloren geht und zum anderen müssen wir versuchen, die wirtschaftlichen Folgen der Quotenabschaffung für die einzelnen Betriebe abzufedern. Zielkonflikte sind hierbei nahezu vorprogrammiert.

Die Politik muss möglichst wettbewerbsneutrale Lösungen finden, um den Quotenausstieg abzupuffern. Vielleicht können Ausstiegsprogramme gekoppelt mit Agrarumweltprogrammen eine Lösung für Betriebe bieten, für die sich die Produktion langfristig nicht lohnt.

Meine Fraktion hat vorgeschlagen eine Art 3-stufiges Modell für die Ausgleichszahlungen an die Betriebe einzuführen, das wie folgt aussieht:

- **Stufe 1 - Zahlung eines Grundbetrags:**
Vorgesehen ist ein Grundbetrag pro Hektar Anbaufläche, der an die Einhaltung von bestimmten ökologischen und sozialen Normen gekoppelt wird. Diesen Betrag erhalten alle Landwirte, die bereit sind, einen Vertrag über die Bewirtschaftung und Erhaltung des ländlichen Raums abzuschließen.

- Stufe 2 - Zahlung eines Betrags aufgrund naturbedingter Benachteiligungen:
Diese Komponente sieht höhere Zahlungen für die Regionen vor, die einen oder mehrere natürliche Nachteile haben. Diese Zahlungen sollten an die Erzeugung von landwirtschaftlichen Produkten und Umweltdienstleistungen geknüpft sein.
- Stufe 3 - „Grüner-Punkt-Zahlung“ oder Zahlung für bestimmte Umweltdienstleistungen in aus ökologischer Sicht sensiblen Gebieten:
Als Beispiele sind hier extensive Weidewirtschaft, biologisch vielfältige Gebiete und ökologischer Landbau ebenso zu nennen, wie Produktionsverfahren für Erzeugnisse mit geschützter Herkunftsbezeichnung oder der Erhalt und die Pflege von Kulturlandschaft, Brachland und Marschland.

Ich denke, dieses System würde neue Möglichkeiten bieten um gerade Familienbetriebe zu unterstützen, die ihre Produktion nicht allein am Markt ausrichten können.

Der liberale Berichterstatter des Berichts zur Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 hat einige dieser Vorschläge aufgegriffen und spricht ebenfalls davon, die Agrarpolitik zukünftig "grüner" zu gestalten.

Eines der Kernziele meiner Arbeit in Brüssel ist die Erhaltung einer flächendeckenden, nachhaltigen und multifunktionalen Landwirtschaft.

Dazu gehören für mich vor allem auch die Milchviehhalter. Denn gerade in Regionen in denen der Ackerbau aufgrund der natürlichen Bedingungen nicht möglich ist, tragen sie neben der Erzeugung von Milch zur Erhaltung eines aktiven ländlichen Raums bei.

Daher muss Politik in den Bereichen in denen der Markt sich nicht dazu in der Lage sieht, die Landwirte entsprechend zu entlohnen, eine Art "Puffer" für weniger wettbewerbsfähige Regionen schaffen.

Mir liegt sehr viel daran die Landwirtschaft und den Ländlichen Raum zu stärken. Dafür setze ich mich ein! Darauf können sie sich verlassen!

Gerade regionale Strukturen bieten die Möglichkeit Arbeitsplätze und Wertschöpfung im ländlichen Raum zu schaffen. Meine Partei hat sich schon immer für eine nachhaltige Entwicklung der ländlichen Regionen eingesetzt, das ist nachlesbar in all unseren Programmen auch schon im letzten Jahrhundert.

Wir sehen, dass wir im Agrarbereich eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung haben, die selbstverständlich den Milchmarkt mit einbezieht.

Gerade für benachteiligte Gebiete stellt das Modell der oben erwähnten öffentlichen Güter eine Chance dar.

Von einem sogenannten "Top-up" für benachteiligte Gebiete, wie meine Fraktion es vorschlägt, könnte vor allem die Milcherzeugung in Berggebieten – die immerhin 60% der europäischen Milcherzeugung einnimmt – profitieren.

Für mich gibt es noch eine weitere Lösung für die europäischen Landwirte und das häufig gepriesene europäische Agrarmodell mit seinen qualitativ hochwertigen Produkten.

In unserer hochkomplexen und immer stärker globalisierten Welt sollten wir uns vermehrt wieder auf die Stärke von regionalen und lokalen Strukturen besinnen.

Hierfür ist es wichtig dem Verbraucher stärker ins Bewusstsein zu rufen, was er isst und woher die Lebensmittel stammen, die er konsumiert.

Hier müssen Politik, Wissenschaft und Verbände gemeinsam an Programmen zum Wissensaufbau und zur Aufklärung beitragen. Dies lässt sich vermutlich nur durch Bildung erreichen. Nur ein aufgeklärter Verbraucher kann beurteilen, in welcher Form er seine Nahrungsaufnahme gestalten möchte.

Es muss deutlich gemacht werden, dass, wer qualitativ hochwertige Produkte essen möchte, dafür auch Preise zahlen muss, die den Wert der Produkte wiedergeben.

Lassen sie mich Ihnen am Schluss noch etwas Wichtiges mit auf den Weg geben, bevor wir in eine angeregte Diskussion einsteigen.

Ich weiß, dass es häufig nicht einfach ist, einer Meinung zu sein beziehungsweise eine gemeinsame Lösung zu finden.

Bei meiner Arbeit im Europäischen Parlament mit 7 unterschiedlichen Fraktionen und 27 Mitgliedsstaaten erlebe ich es immer wieder, wie zum Teil sehr kontroverse Meinungen aufeinander treffen. Dabei ist es nicht immer einfach einen gemeinsamen Nenner zu finden.

Es ist aber notwendig mit einer Stimme zu sprechen, damit man gehört wird!
In diesen schwierigen Zeiten ist es für sie als Milcherzeuger wichtig, den Schulterschluss unter Berufskollegen zu wahren. Solidarität innerhalb des Berufsstandes sollte groß geschrieben werden. Nur dann sind Sie stark, nur dann erreichen sie wirklich etwas.

Und ich denke, die beiden Verbände DBV und BDM haben ein gemeinsames Ziel: Ein vernünftiges und angemessenes Lohnniveau für alle Milcherzeuger zu erreichen, um auch zukünftig die Milcherzeugung in Deutschland zu gewährleisten.

Also möchte ich Sie bitten, suchen Sie das Gespräch miteinander, denn häufig genug stellt man in solchen Gesprächen fest, dass Positionen, die vorher unvereinbar erschienen, dichter beieinander liegen als man im Vorwege dachte.

Ein Gegeneinander der Landwirte untereinander bringt niemanden voran und führt nur dazu, dass sie sich den großen Markt-"Partnern" – wobei ich "Partner "an dieser Stelle ganz deutlich in Anführungszeichen setzen möchte – ausliefern.

Für einen konstruktiven Dialog mit Ihnen und für gute Ideen, wie wir gemeinsam ans Ziel kommen stehe ich Ihnen jederzeit zur Verfügung.

Lassen sie uns gemeinsam für eine positive Zukunft der Milchviehbetriebe in Europa kämpfen!

Ich danke Ihnen für ihre Aufmerksamkeit.